

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nees'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Diefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Diefinger in Neuenbürg.

Nr. 266

Freitag den 13. November 1931

89. Jahrgang

Die deutsch-französischen Besprechungen

Die vier Punkte des „Excellior“

Berlin, 12. Nov. Im allgemeinen beurteilen politische Kreise den Stand der diplomatischen Verhandlungen über die weitere Entwicklung der Reparationsfrage recht zufrieden. In der Presse ist ja auch bereits angedeutet worden, daß zunächst mit der Einberufung des Sonderausschusses der WZJ zu rechnen ist, der sich mit der Prüfung der deutschen Lage zu beschäftigen hätte und daß im Anschluß daran dann die große Reparationskonferenz zusammenzutreten würde, bei der die eigentlichen Entscheidungen liegen. So sehen die Dinge nun allerdings nicht aus, wie sie heute in einem französischen Blatt, dem „Excellior“, dargestellt werden. Er behauptet, daß der Standpunkt der französischen Regierung sich in 4 Punkte zusammenfassen lasse. Danach soll erstens der Sonderausschuß genau begrenzte Vollmachten haben. Demgegenüber muß man feststellen, daß die ganze Prüfung keinen Zweck hat, wenn sie sich nicht auf den gesamten Komplex der einschlägigen Fragen beziehen würde. Es hört sich ja auch merkwürdig an, wenn das Blatt — das ist der zweite Punkt — behauptet, es handle sich darum, die deutsche Lage zu prüfen und nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit noch einmal zu kontrollieren. Das ist ein Widerspruch in sich, der auch nicht gerade dadurch an Logik gewinnt, daß das Blatt uns vorwirft, wie seien ein reiches Volk, das nur durch schlechte Verwaltung seinen Kredit verliert. Ein so schwerwichtiges und maßgebliches Gutachten wie der Higgins-Ausschuß hat ausdrücklich festgehalten, daß Deutschland alles erforderliche getan hat, um seine Finanzen in Ordnung zu halten. Nach dem dritten Punkt des „Excellior“ will Frankreich sich dagegen wehren, daß die Kriegsschuldverhältnisse auf keinen Fall zugunsten der Handelsverträge geopfert werden sollen. Niemand hat ein solches Verlangen gestellt. Aber Deutschland hat gefordert und muß diesen Standpunkt selbstverständlich weiter vertreten, daß die Gesamtlage berücksichtigt wird, und sie wird von der Frage der kurzfristigen Kredite natürlich sehr stark beeinflusst. Schließlich wird in dem vierten Punkt die Regelung der Reparationen von einer parallelen Schuldenberaubung durch die Vereinigten Staaten abhängig gemacht. Das ist schon nach dem ganzen Gang der bisherigen Reparationsbesprechungen eine Unmöglichkeit. Sie stehen augenscheinlich doch so, daß Präsident Hoover den Prozeß gewissermaßen an die erste Instanz zurückverweisen hat, indem er Deutschland und Frankreich sich zunächst einmal auseinandersetzen läßt. In diesem Stadium kann aber keine Rede von den Schulden der Amerika sein, um deren Bewältigung Deutschland nicht den geringsten Einfluß hat.

werden darf, die zugunsten einer im Auslande oder im Saargebiet anfalligen Person nach Inkrafttreten dieser Verordnung durch den Verkauf von Wertpapieren entstanden sind. Die Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn die Forderung zum Kauf inländischer auf Reichsmark oder Goldmark lautender Wertpapiere verwendet wird. Inländische Wertpapiere, die ausschließlich oder wahrhaftig auf eine ausländische Währung lauten und nicht an einer deutschen Börse zum Handel zugelassen sind, dürfen entgeltlich nur mit schriftlicher Genehmigung der Stelle für Devisenbewirtschaftung erworben werden. Der Genehmigung bedarf der Schuldner einer Anleihe insoweit nicht, als der Erwerb oder die Verfügung zum Zwecke der planmäßigen Tilgung der Anleihe erfolgt. Ausländische Wertpapiere, die an einer deutschen Börse zum Handel zugelassen sind, darf eine im Inlande (mit Ausnahme des Saargebietes) anfallige Person nur mit schriftlicher Genehmigung der Stelle für Devisenbewirtschaftung entgeltlich von einer im Inlande oder im Saargebiet anfalligen Person erwerben. Ferner bedarf die Verordnung, daß zu den Werten, die nach § 3 der 6. Durchführungsvorordnung der Reichsbank anzubieten sind, auch fällige Anleihe von ausländischen und auf eine ausländische Währung lautenden inländischen Wertpapieren, die an einer deutschen Börse zum Handel nicht zugelassen sind, sowie ausgelagerte oder zur Rückzahlung gekündigte Stücke solcher Wertpapiere gehören.

Durch die neue Devisenverordnung werden große Lücken geschlossen. Gleichwohl nimmt man an, daß damit unmittelbar an eine Wiedereröffnung der deutschen Börsen gegangen werden kann. In Bankkreisen ist man allerdings auf Grund der neuen Verordnung sehr zufrieden und rechnet mit solchen Verhandlungen schon in den nächsten Tagen.

Die Generalausprache im Wirtschaftsbeirat beendet

Berlin, 12. Nov. Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung gebildeten beiden Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und Fragen des Profites und Kredites haben ihre Generalausprache heute in einer Vormittags- und einer Nachmittagsitzung in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu Ende geführt. Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschußmitgliedern die Formulierung von Vorschlägen über die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten. Diese Vorschläge sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Aufsat in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder tagen, zur endgültigen Begutachtung vorgelegt werden.

Eine Milliarde für Krisenilfe

Soweit sich nach einer Berechnung des Arbeitsministeriums übersehen läßt, werden in diesem Haushaltsjahr Reich, Gemeinden und Gemeindeverbände allein für die Krisenilfe über eine Milliarde Reichsmark auswenden müssen. Die gesamten Aufwendungen für die Unterstützung für Erwerbslose werden nach der Schätzung des Reichsfinanzministers Dietrich auf drei Milliarden Reichsmark besetzt.

Scharfe Abjage der N.S.D.A.P. an das Zentrum

In der bevorstehenden Landtagswahl in Hessen am nächsten Sonntag veröfflicht die Pressestelle der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einen Aufruf, aus dem hervorgeht, daß das Schwergewicht des nationalsozialistischen Wahlkampfes in Hessen vor allem sich auch gegen das Zentrum richtet, daß die Nationalsozialisten hoffen, dort erstmals auch in die Zentrumsfrente einbrechen zu können. Diese Wahl werde charakteristisch sein für den Fortschritt in der politischen Kräftegruppierung, die überall in Deutschland unter nationalsozialistischer Führung zur Entscheidung aufmarschiere. Mit gleicher Schärfe richte sich deshalb der nationalsozialistische Stoß gegen jede Partei, die den Marxismus toleriert und ihm nicht offen den Kampf ansetzt. An dieser klaren Grundhaltung nationalsozialistischer Innenpolitik würden sich nunmehr die Wähler scheiden. Mit deutlicher Spitze gegen das Zentrum heißt es dann wörtlich:

Wer sich in diese unsere Kampffront eingliedert, ist als Bundesgenosse willkommen; wer sich ihr verliert, ist unser Feind. Wir weisen nicht nach Worten, sondern nach Taten. Wer nicht für uns ist, ist wider uns. Wer sich auf die Schiene legt, der wird überfahren. Wer nicht im Guten will, der muß im Bösen daran glauben. Nach dieser eindeutigen Formel werden wir auch im hessischen Wahlkampf handeln. Das Zentrum hat sich auf die Seite des Marxismus geschlagen und darum wird es mit ihm geschlagen. Das ist unsere Parole!

Der Artikel schließt mit äußerst scharfen Angriffen gegen das Zentrum, welches sich nicht schone, sogar das Brückenkopf in seinem politischen Kampf einzuzuzerren, welches es dahin gebracht habe, daß einem Manne wie dem Stadtrat Wucherer, einem treuen Sohne der Kirche, das Begräbnis

Laval gegen Arbeitslosenversicherung

Die Parlamentsöffnung in Frankreich

Paris, 12. Nov. Wer heute nachmittag die Straßen in der Umgebung des Canal d'Orsay passierte, mußte den Eindruck gewinnen, daß nicht nur über Korsika, sondern auch über Paris der Belagerungsstand verhängt sei. Rings um die Deputiertenkammer war eine kleine Armee von Schuppleuten zusammengezogen und noch im weiteren Umkreis standen kriegsstarke Hundertschaften, als ob ein neuer Kommunismus bevorstünde.

Den Anlaß zu dieser etwas heftig geratenen Aktion bildete die Ankündigung der kommunistischen Partei, die Arbeitslosen sollten sich beim Zusammentritt des Parlaments selbst in der Kammer ihr Recht verschaffen.

In der Kammer selbst ging es dafür umso erregter zu. Der Sozialistenführer Leon Blum beschwerte sich über die Mängel der französischen Arbeitslosenstatistik, die offiziell immer noch mit ganz niedrigen Werten anwarte, während man im Arbeitsministerium selbst die Gesamtzahl der Arbeitslosen bereits auf über eine Million schätze. Blum meinte, gegenüber der wachsenden Arbeitslosigkeit sei das Rotprogramm der Regierung, das allenfalls 100.000 Arbeitern Beschäftigung geben könne, ungenügend.

Sofort erhob sich Laval zu einer sehr entschiedenen und bedeutenden Erklärung. Er betonte, daß er selbst als Arbeitsminister die Alters- und Krankenversicherung im Parlament durchgebracht habe. Aber niemals werde er sich mit einer Arbeitslosenversicherung einverstanden erklären, gerade weil in Deutschland und England diese Versicherung in einer Art durchgeführt worden sei, daß diese Länder am schwersten unter der Wirtschaftskrise leiden.

Die Regierung sei jedoch entschlossen, sich in noch weiterem Maße an den Löhnen der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung zu beteiligen.

Der französische Budgetvoranschlag für 1932 weist eine Gesamtsumme von 41.667.290.741 Franken und eine Gesamtausgabe von 40.935.018.560 Franken auf, so daß sich ein Einnahmesüberschuß von 732.272.181 Franken ergibt.

In der vom Finanzminister und Budgetminister gegebenen Begründung wird der durch die allgemeine Wirtschaftskrise verursachte Einnahmerückgang hervorgehoben. Daher hat die Regierung diesmal zu besonderen Maßnahmen greifen müssen, um den Ausgleich herzustellen.

Lavals Exposé im Auswärtigen Ausschuss

Paris, 12. Nov. Ministerpräsident Laval hat sich, begleitet von Außenminister Briand, Finanzminister Landin und Unterstaatssekretär Cathala vor die Vereinigten Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen begeben. Hierüber wird ein offizielles Communiqué ausgegeben, in dem es heißt: Ministerpräsident Laval erstattete ein eingehendes Exposé über die internationalen Verhandlungen, die auf Hoovers Vorschlag vom Juni d. J. folgten. Er schilderte namentlich, unter welchen Bedingungen die französische Regierung mit den Vertretern der amerikanischen Regierung im Juli verhandelt. Er gab einen eingehenden Bericht über die Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris vom 7. Juli, die Londoner Konferenz und das dabei erzielte Abkommen. Er äußerte sich auch über das Expertenomitee, das in Basel im Monat August zusammentrat, und über das Londoner Expertenomitee, das die Legalisierung des Doormemoratoriums regelte. Ministerpräsident Laval hat alsdann die seine Berliner Reise betreffenden Fragen angeschnitten und die Ausschüsse über seine kürzlichen Besprechungen mit Präsident Hoover unterrichtet. Er gab namentlich bekannt, daß nach Prüfung der Lage in Europa und insbesondere in Deutschland Präsident Hoover und er darüber einig gewesen seien, daß die Initiative für die Einberufung des im Jugendplan vorgesehenen beratenden Sonderausschusses ergriffen werde. Erst nach Einbringung des Berichtes der Sachverständigen würden die Regierungen die Bedingungen und Bestimmungen der neuen Regelung, die für die Depressionsperiode in Kraft treten soll, ins Auge gefaßt haben. Mehrere Fragen wurden Ministerpräsident Laval von den Ausschußmitgliedern Grundbach, Francois Albert und Candace gestellt. Auf eine Frage des Abg. Guernert erwiderte der Ministerpräsident, daß hinsichtlich der Reparationen und Kriegsschulden er die Freiheit der französischen Regierung vorbehalten habe, genau wie Präsident Hoover diejenige seiner Regierung. Zum Schluß betonte Ministerpräsident Laval, daß die Rechte des Parlaments in jeder Weise gewahrt worden seien.

Ergänzend berichtet Laval zu diesem Communiqué, daß Ministerpräsident Laval betreffend die Schulden- und Reparationsfrage erklärt habe, beide Probleme seien von Hoover und ihm in voller Öffentlichkeit erörtert worden, und eine Regelung wegen der Kriegsschulden habe als realisierbare Hypothese, sobald die Umstände dies gestatteten, ins Auge gefaßt werden können. Der Ministerpräsident habe sich auch vor den Ausschüssen über die Berliner Verhandlungen eingehend geäußert und sehr charakteristische Einzelheiten über die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit, sowie über die Schaffung der Gemischten deutsch-französischen Kommission gegeben.

Newspost, 12. Nov. Wie Associated Press aus Boston in der Kanalzone meldet, suchte der Kapitän des amerikanischen U-Bootenbers „Swan“, er habe die in Rettungsbooten befindliche Besatzung des hochseilischen Schoners „Baden-Baden“ aufgenommen, von der 11 Mann am Leben und 5 tot gemessen seien. Der Kapitän sei schwer verletzt. Die „Baden-Baden“ ist ein früheres Notorschiff und wurde später nach Punta Arenas verkauft.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pf., Reklamemittel 30 Pf., Anzeigenblätter 100 Pf., Tagesblätter 20 Pf., bei größeren Leistungen Rabatt, der im Falle von Abnahmeverträgen hinsichtlich der Zahl der Ausgaben und der Zahl der Ausgaben zu vereinbaren ist. Bei Anzeigen, die über längere Zeit laufen, sind besondere Bedingungen außer Kraft. Derzeitstand für beide Teile in Neuenbürg. Für teils, Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Württ. Landtag

Stuttgart, 12. Nov. Der Landtag feierte in der Donnerstags-Vollversammlung die die 150. Jahrestagfeier der Verfassung...

Dr. Göbbels-Berufung

Stuttgart, 12. Nov. In einer Riesensammlung der Nationalsozialisten vor über 9000 Personen sprach am Donnerstagabend in der Stadthalle der nationalsozialistische Führer von Berlin...

Kugsburg demonstriert gegen München

Kugsburg, 12. Nov. In einer Protestversammlung der Kugsburger Bürgerchaft ist Dienstagabend gegen die Aufhebung des schwäbischen Oberlandesgerichts in Kugsburg demonstriert worden...

Sanatorium Dr. Bräuser.

Der Roman eines deutschen Detektivs. Von Kurt Martin. Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain. So schlecht zu sein, Herr Bild, meinen armen Bruder...

men, in der es heißt, Schwaben fordern, daß den wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen aller Stämme in Bayern gleichmäßig Rechnung getragen wird...

Gefallen ist die . . . Kriegsschuld

Gefallen ist, wenn nicht schon formell, die Feststellung der Schuld der Mittelmächte am Ausbruch des Weltkrieges. Diese bemerkenswerten Worte findet man in einem Aufsatze der „Allgemeinen Rundschau“...

Der Lübecker Prozeß

Lübeck, 12. Nov. Die Verhandlung im Lübecker Ludwigsprozeß wurde heute mit einer Erklärung des Oberstaatsanwalts Dr. Linau eingeleitet...

München, 12. Nov. Auf dem Flaggplatz Olymbischhof ist heute nachmittags ein Sportfluggesetz abgeführt...

Aus Stadt und Land

Das Leid

Von manchem Menschen wird gefragt, Er habe sich daumarkt, Doch wenige haben noch gefragt: Wie kommt's, daß der so starr?

Neuenbürg, 12. Nov. Die Zahl der Arbeitslosen in Stadt und Bezirk hat eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Arbeitsamtbestände Neuenbürg, die die Mehrheit der Bezirkskräfte umfaßt, verzeichnet nunmehr rund 1700 Arbeitslose...

Wetterbericht. Infolge der nordwestlichen Depression ist für Samstag und Sonntag immer noch unbeständiges, nur zeitweilig aufklärendes Wetter zu erwarten.

Bietfeld, 11. Nov. (Aus dem Gemeinderat.) Zur Durchführung der bevorstehenden Gemeinderatswahl wurden wieder zwei Wahlmännerteile gebildet. Die Wahlmännerteile setzen sich aus Bürgermeister Reuhans, Gemeindeführer Deeg und den dieses Jahr nicht in die Wahl kommenden Gemeindeführern zusammen...

Reidennach, 13. Nov. Heute nacht etwa gegen 11 Uhr ist in dem Doppelwohn- und Landwirtschaftergebäude des Hofes Reifer und des Karl Nefflinger Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Geschwindigkeit auf das ganze Gebäude ausdehnte...

Gut zu Fuß

mit meiner Reform- und orthop. Fußbekleidung! Fußstützen u. Bandagen Neuzellwiche Fußpflege



„Rein. Nur, daß Neuländer es noch weit bringen und sein Chef froh sein könne, diese Arbeiterkraft zu besitzen.“ „So, Ann, Ihre Mittelungen sind auf alle Fälle von Wert für mich.“ „Sie sind nicht allein hier?“ „Rein, meine Frau hat mich begleitet. Wir befinden uns eigentlich auf einer Ferienreise.“ „Darf ich Sie dann bitten, heute meine Gäste zu sein?“

